

Vorsitzende Deitenbach verweist auf die ausführliche Verwaltungsvorlage vom 01.07.2002, die insgesamt auf die Problematik bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen eingeht, allerdings keine kostenmäßige Darstellung im Sinne ihres Antrages enthält.

Erster Beigeordneter Ludwigs geht auf die Verwaltungsvorlage ein und informiert auch über die angestellten Überlegungen der Verwaltung zur Aufgabe einzelner Objekte im Gemeindegebiet für den Personenkreis. Die Überlegungen haben sich jedoch überholt durch die vor 2 Tagen eingegangene Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg, wonach die Kommune noch mindestens 38 weitere Asylbewerber im Rahmen des Verteilverfahrens aufzunehmen hat. Vor diesem Hintergrund ist die Gemeinde auf die Beibehaltung der bisherigen Unterkünfte angewiesen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, dass zugewiesene Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge auf dem freien Wohnungsmarkt mit erheblichen Mehrkosten untergebracht werden müssen. Unbestritten ist, dass die in den 90er Jahren installierten Interdomus-Häuser für eine 25jährige Nutzung kaum ausgelegt sind. Dies ist sowohl auf die Bausubstanz als auch auf das Nutzungsverhalten der Bewohner zurückzuführen. Die Verwaltung hat daher nochmals mit dem Regierungspräsidenten Kontakt aufgenommen mit dem Ziel, die bisherige 25jährige Bindungsfrist zu reduzieren bzw. aufzuheben, ohne dass sich hieraus eine Rückzahlungsverpflichtung für die Gemeinde ergibt. Der Regierungspräsident hat nach Darlegung der Problematik auch eine gewisse Zustimmung signalisiert, wenn der bauliche Zustand tatsächlich keine Bewohnung mehr zulässt. Ein Abbruch der Interdomus-Holzhäuser zum jetzigen Zeitpunkt ist jedoch aus Sicht der Verwaltung aufgrund der bereits hier lebenden und noch aufzunehmenden Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge nicht vertretbar. Die Verwaltung hat daher die Absicht, die Häuser in Mühleip mit einem Außenanstrich zu versehen, um das äußere Erscheinungsbild etwas zu verbessern.

Herr Tendler weist auf das aus seiner Sicht negative Erscheinungsbild für Besucher der Gemeinde bei Einfahrt in den Ort Mühleip, sowohl durch die Übergangsheime als auch durch den in dem Bereich provisorisch errichteten Kreisel hin.

Herr Müller äußert kein Verständnis für die Handlungsweise der Bewohner der Übergangsunterkünfte die teilweise mutwillig Zerstörungen in und an den Gebäuden verursachen, die dann durch die öffentliche Hand wieder beseitigt werden müssen. Hier sollten die Bewohner in die Pflicht genommen werden und die verursachten Schäden selbst beseitigen. Die Handlungsweise der untergebrachten Bewohner der Übergangsunterkünfte ist aus Sicht von Herrn Müller auch mit Blick auf die Zerstörungen in anderen Gemeindegebieten durch das Hochwasser und die damit einhergehenden Aufräumarbeiten und negativen finanziellen Folgen besonders verwerflich. Herr Müller bittet seine Ausführungen zu protokollieren.